bnr.de
blick nach rechts

22. Jahrgang | 12 | 10. Juni 2005

Rechte Szene 2

"Volksbewegung" in Zeitnot
Das Bündnis NPD/DVU will bei einer vorgezogenen Bundestagswahl mit Landeslisten und Direktkandidaten in allen Wahlkreisen antreten

Serie der Gewalt
In Cottbus häufen sich rechtsextreme Angriffe.

Bühne für Holocaust-Leugner
Im Prozess gegen Rigolf Hennig zogen die Verteidigung und die anwesenden Rechtsextremisten alle Register der Provokation.

Erlauchte Runde
Hinter einem so genannten „Akademiekreis" verbergen sich Vertreter der extremen Rechten.

Grauzone 6

"Erlebnisgeneration"
Die SS-Veteranenorganisation HIAG unterhält gute Beziehungen zur Neonaziszene.

Revanchistisches Angebot
Die Autoren der „Preußischen Allgemeinen Zeitung" sind einschlägig bekannt.

Verfassungschutz 7

"Gefährliche Entwicklung"
Zulauf für Gewaltbereite im hohen Norden.

Demokratische Initiativen 8

Wider die Lufthoheit
Im Argumentationstraining können sich die Teilnehmer gegen rechte (Stammtisch-)Parolen wappnen.

Blick in die Zeitgeschichte 9

Kunst aus Auschwitz
Ungeachtet der Lebensgefahr schufen Künstler im Konzentrationslager ihre Werke.

Rezension 10

Dein Feind und Mörder
Die Rolle der Polizei im NS-Staat.

Meldungen 11

Rechte Szene

"Volksbewegung" in Zeitnot

Das Bündnis NPD/DVU will bei einer vorgezogenen Bundestagswahl mit Landeslisten und Direktkandidaten in allen Wahlkreisen antreten

Aus der „Volksfront von rechts“, die die NPD im vorigen Jahr ausgerufen hatte, ist inzwischen in der Sprachregelung der Partei die „Deutsche Volksbewegung“ geworden. Doch während das Gebilde aus NPD, DVU und parteilosen „Kameraden“ immer pompösere Namen bekommt, backt die Truppe um Udo Voigt inzwischen kleinere Brötchen, wenn sie auf ihre Aussichten bei einer vorgezogenen Bundestagswahl im September 2005 angesprochen wird.

„Jetzt werden wir gemeinsam mit dem Bündnispartner DVU die Landtage erobern, um dann 2006 gemeinsam in den Reichstag einzuziehen“, hatte Parteichef Udo Voigt beim NPD-Parteitag im vergangenen Herbst ausgerufen. Doch seine Rechnung scheint in doppelter Hinsicht nicht aufzugehen. Zum einen scheiterte der Versuch, in die Landtage in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen einzuziehen, mit 1,9 und 0,9 Prozent kläglich. Zum anderen fehlt der „Volksbewegung“ bei einer vorgezogenen Bundestagswahl ein Jahr der Vorbereitung. Zwar entfällt das leidige Sammeln von Unterstützungsunterschriften, da die Partei im sächsischen Landtag vertreten ist. Doch statt eines ruhigen Aufbaus von Strukturen, die für eine halbwegs erfolgreiche Teilnahme an der Wahl erforderlich sind – gerade in Regionen, wo die Partei nur schwach oder gar nicht vertreten ist –, müssen nun beinahe überstürzt Kandidaten gefunden und Listen zusammengezimmert werden. Und auch die Hoffnung, von einem guten Abschneiden des Partners DVU bei der Landtagswahl im März nächsten Jahres in Sachsen-Anhalt und umgekehrt von weiteren Wahlschlappen der Republikaner bis zur eigentlich im Herbst 2006 anstehenden Wahl profitieren zu können, geht nicht mehr auf.

Auch bei einer vorgezogenen Bundestagswahl gilt die Anfang des Jahres zwischen NPD und DVU vereinbarte Aufgabenverteilung: Die NPD kandidiert für den Bundestag, die DVU im Frühjahr 2009 bei der Europawahl. Auf der NPD-Liste sollen zudem, wie im „Deutschlandpakt“ festgelegt, 15 Kandidaten, „die der DVU angehören oder ihr nahe stehen“, aufgestellt werden. Prominentester Gast auf der NPD-Liste: DVU-Chef Gerhard Frey, der Medienberichten zufolge ebenso wie Voigt auf der Landesliste im größten Bundesland Nordhein-Westfalen abgesichert werden soll.

„Mithilfe der Hochburgen beider Parteien vor allem im Osten der Republik wird es uns gelingen, in Bundestag und Europaparlament einzuziehen“, macht Frey sich und seinen „Volksbewegungs“-Freunden Mut. Woher er wider jede mathematische Wahrscheinlichkeit seine Hoffnung bezieht, verrät er nicht. Jedenfalls will die DVU aber am Deutschlandpakt festhalten. „Alles andere wäre auch geradezu Irrsinn“, schreibt Freys „National-Zeitung“: „Im Übrigen war es den Beteiligten von vornherein klar, dass der Weg zum rechten Erfolg steinig und mühselig sein wird und man nach Triumphen wie dem gelungenen Doppelschlag von Brandenburg/Sachsen voriges Jahr auch wieder mit Dämpfern rechnen muss.“

Strategisches Ziel ist, mit drei Direktmandaten den Sprung zu schaffen

Möglicherweise waren es Freys Äußerungen über die Hochburgen im Osten, die den NPD-Multifunktionär Peter Marx auf eine abenteuerliche Idee brachten. Die Hoffnung, die Fünf-Prozent-Hürde zu schaffen, hat Marx, der zu seinen Aufgaben als Geschäftsführer der sächsischen NPD-Fraktion, als stellvertretender Parteivorsitzender und Leiter des Amtes Europaangelegenheiten, als Landesvorsitzender in Rheinland-Pfalz und im Saarland nun auch noch die Funktion des Bundeswahlkampfleiters übernimmt, offensichtlich aufgegeben. „Realistisch sind in etwa drei Prozent“, verriet er der Nachrichtenagentur „Reuters“. Strategisches Ziel sei es daher, drei Direktmandate zu holen und so in Gruppenstärke den Sprung in den Bundestag zu schaffen. Auf Direktmandate hofft die NPD dabei in ihrer Hochburg Sachsen. Dass gerade Marx solche Hoffnungen hegt, hat seinen ganz eigenen Witz – war er es doch, der Anfang April bei der Wahl des Leipziger Oberbürgermeisters auf gerade einmal 2,4 Prozent gekommen war. Zwar will die NPD im September republikweit nicht nur mit Landeslisten, sondern auch mit Direktkandidaten in allen 299 Wahlkreisen antreten – zu erwarten ist aber ein Schwerpunktwahlkampf insbesondere in jenen

ostdeutschen Regionen, in denen sie sich stark fühlt.

Inhaltlich will die Partei erneut an die Themen Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau anknüpfen, stärker aber als bei der Sachsen-Wahl auch eine „in Westdeutschland immer stärker um sich greifende Überfremdung“ für ihre Agitation nutzen. Und schließlich hofft das Bündnis NPD/DVU nach den Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden, in der Bundesrepublik von einem Anti-Europa-Affekt profitieren zu können. Dabei geht es nicht nur um die Frage einer EU-Mitgliedschaft der Türkei. Frey: „Die Volksabstimmungen waren ein Geschenk des Himmels. Das EU-Bonzentum kommt ins Schwimmen. Und mit ihm wackelt auch der Euro, die schrecklichste Missgeburt aus Brüssel überhaupt.“ Die Deutschen, meint Marx, könnten die Bundestagswahl zu einer Volksabstimmung für die Deutsche Mark machen.

Bei der Bundestagswahl antreten wollen auch die Republikaner. Jedenfalls kündigten sie am Tag nach den NRW-Wahlen an, die Partei werde jetzt alle notwendigen Vorbereitungen für die Teilnahme treffen. Über Sinn und Zweck der Kandidatur gehen die Meinungen intern freilich auseinander. Nicht wenige Parteimitglieder glauben, dass ein bundesweites Antreten gar nicht möglich ist – unter anderem, weil die Partei Unterstützungsunterschriften sammeln müsse, dazu aber in weiten Teilen Ost- und Norddeutschlands, noch dazu in den Urlaubsmonaten, gar nicht in der Lage sei. Am Ende, so die Sorge, könne sich die Situation ergeben, dass die Republikaner lediglich in sechs bis acht Bundesländern überhaupt auf die Stimmzettel kommen. Das Minimalziel, 0,5 Prozent zu erreichen, um in den Genuss der Wahlkampfkostenerstattung zu gelangen, wäre dann kaum noch zu erreichen.

Andere Parteien haben andere Sorgen. „Ab jetzt... Bündnis für Deutschland“ macht sich per öffentlichem Aufruf auf die Suche nach Kandidaten: „Wahlbewerber für die Bundestagswahl für die Landeslisten aller Bundesländer gesucht, da wir flächendeckend antreten wollen. Verlieren Sie keine Zeit... Wollen Sie die Liste für Ihr Bundesland anführen und dafür 2 000 Unterschriften sammeln? Schauen Sie sofort vorbei“, lädt die rechtsextreme Minipartei zum Mitmachen ein.

Tomas Sager

Serie der Gewalt

In Cottbus häufen sich rechtsextreme Angriffe.

Cottbus gehörte Anfang der 90er Jahre zu einem der Schwerpunkte rechter Aktivitäten, später war es ruhiger geworden. Doch in der letzten Monaten ist eine Neuformierung der Rechtsextremen in der brandenburgischen Stadt zu beobachten.

Schlüsselfigur ist das langjährige Mitglied der Jungen Nationaldemokraten Marcel F. Heute ist er führender Aktivist der „Gesinnungsgemeinschaft Süd-Ost Brandenburg“, die ihre Anhänger im Internet zu „gemeinsamem und geschlossenem Handeln“ aufruft. Auf der von F. betreuten Homepage der Gesinnungsgemeinschaft gibt man sich harmlos. So wird berichtet, wie sich „eine Gruppe Widerstandskämpfer“ am Rosenmontag 2005 in bunten Faschingskostümen in den „Mitteldeutschen Karnevalszug“ gemischt hätten und unter den Augen ahnungsloser Ordnungshüter an Jugendliche CDs mit rechter Musik verteilten.

Vor allem die Cottbuser Stadtteile Sachsendorf und Neuschmellwitz sind zu Brennpunkten rechtsextremer Gewalt geworden. Die Serie rechter Überfälle der letzten Zeit ist lang. So wurde in der Nacht zum 8. Mai ein 57-jähriger Mann indischer Herkunft in einem Bus von zwei Rechtsextremen mit rassistischen Parolen angepöbelt und später verfolgt und zusammen geschlagen. Nur wenige Tage zuvor wurden zwei Studenten aus Kamerun in einer Disco bedroht und durch Schläge verletzt. Immer wieder klagen ausländische Studierende in Cottbus über rechtsextreme Angriffe. Durch einen spektakulären Überfall am 14. Mai wurden die rechten Gewalttätigkeiten in Cottbus auch bundesweit zum Thema. Mitarbeiter des Jugendclubs „Fragezeichen“ im Stadtteil Sachsendorf hatten am 14. Mai eine Informationsveranstaltung mit Referenten aus Berlin organisiert. Vor Beginn der Veranstaltung wurden zwei bekannte Neonazis, darunter Marcel F. enttarnt und des Hauses verwiesen. Kurze Zeit später überfielen mehr als 20 Vermummte den Jugendclub, zerstörten Teile der Einrichtung und verletzten mehrere Besucher, die ambulant behandelt werden mussten.

Peter Nowak

Bühne für Holocaust-Leugner

Im Prozess gegen Rigolf Hennig zogen die Verteidigung und die anwesenden Rechtsextremisten alle Register der Provokation.

„Das Reich ist nicht untergegangen, es wird nur mit krimineller Gewalt an seiner Handlungsfähigkeit gehindert", solche und ähnliche Sprüche prägten den Prozess vor dem Landgericht in Verden am 30. Mai. An zwei Verhandlungstagen musste sich die 12. Kleine Strafkammer mit Rigolf Hennigs Berufung gegen ein Urteil wegen Volksverhetzung beschäftigen. Hennig hatte seinen politischen Fanclub dabei. Wie Richter Markus Tittel erst spät zu erkennen schien, nutzten etwa 30 Anhänger des Deutschen Kollegs, darunter Horst Mahler und Ursula Haverbeck sowie der „Außenminister der Exilregierung Ostpreußen" Siegfried Raabe, die Verhandlung in erster Linie, um „ein Forum zur Verbreitung Ihrer Ideologie" zu bekommen. Die Verhandlung war eine Farce, deren Höhepunkt die Forderung des 70-jährigen Arztes war, die CDU-Politikerin Rita Süßmuth als Zeugin für seine Holocaust-Leugnung zu laden. Da fragte sich auch Richter Tittel, ob der Angeklagte „im Anbetracht seines Geisteszustandes" überhaupt zu verurteilen sei.

Vertreten wurde Hennig durch die Münchner Rechtsanwältin Silvia Stolz. Das rechtsextreme Publikum pöbelte und störte. Anwesend waren auch Heisenhof-Neonazis. Drei von ihnen sind seit kurzem bei Hennig in Verden gemeldet. Zu den Zuhörern im Gerichtssaal gehörten ebenfalls Bremer Neonazis um Andreas Hackmann.

Wegen einer Vielzahl von Beweisanträgen wurde die Sitzung immer wieder unterbrochen, in den Pausen mischte sich Mahler auffällig in die Verteidigung ein, „du musst lauter sprechen, Rigolf!". Anwältin Stolz zog brav alle Register der Provokation. Ihren abgebügelten Befangenheitsantrag gegen den Richter nannte sie eine „Deformation des Denkens" und sie forderte den Ausschluss der Öffentlichkeit während ihres Plädoyers, denn immerhin müsse vor einer Entscheidung des Gerichtes erst einmal der „Holocaust bewiesen" werden und Verteidiger wie Rieger und Mahler wären in der Vergangenheit bereits Repressionen „außerhalb bestehenden Rechts" ausgesetzt gewesen. Als Stolz begann, ein zehnseitiges Dokument in Anlehnung an das „Germar-Rudolf-Gutachten" vorzulesen, verließen die Pressevertreter den Gerichtssaal. Im Verdener Gericht war bis zu diesem Zeitpunkt bereits mehrfach erneut der Holocaust relativiert worden, Hennig hatte ungestraft behaupten dürfen, dass die „angeblichen Leichenberge von Auschwitz" auf Fotos in Wahrheit „die Bombenopfer von Dresden" gewesen seien oder der Zweite Weltkrieg sei „eindeutig gegen das deutsche Volk mit dem Ziel seiner Vernichtung" gerichtet gewesen.

Die Berufung wurde letztendlich verworfen, die Geldstrafe jedoch um die Hälfte gekürzt, weil Rigolf Hennig sein Einkommen irrtümlich in Mark statt in Euro angegeben hatte. Als seine Anhänger anfingen, die drei Strophen des Deutschlandliedes zu singen, ließen die Behörden den Saal räumen.

Dem Hennig-Verfahren war am 30. Mai ein anderer Prozess im anliegenden Amtsgericht vorausgegangen. Angeklagt war der jetzige Hennig-Mitbewohner Sascha Schüler. Der gebürtige Hamburger soll am Rande einer Demonstration seine Weste so geöffnet haben, dass vom Logo seines schwarzen Sweatshirts nur die Buchstaben NSDAP statt des gesamten Schriftzuges Consdaple zu sehen waren. Der arbeitslose Kfz-Mechaniker und Heisenhof-Statthalter hatte bereits mehrfach vor Gericht gestanden und wird sich demnächst auch für die Attacke gegen einen Fotografen verantworten müssen. Verteidigt wurde er von Jürgen Rieger. Ein Polizeimeister aus Hamburg trat als Belastungszeuge auf. Er war auf Schüler aufmerksam gemacht worden, weil der auf einer Parkbank stehend gegnerische Demonstrationsteilnehmer fotografierte. Im Zeugenstand erklärte der Polizist, er habe die fünf belastenden Buchstaben klar und deutlich erkannt, denn „die Weste war offen". Rieger setzte dagegen, hätte sein Mandant den verbotenen Schriftzug tatsächlich öffentlich zur Schau getragen, „dann hätte es einen Aufschrei unter den linken Demonstranten gegeben, aber den gab es nicht". („Verdener Nachrichten") Erwartungsgemäß sagten zwei Neonazis für Schüler aus. Das Gericht kam zu der Auffassung, die Tat sei nicht eindeutig nachzuweisen. Seinen Freispruch verband der Richter mit der Warnung an den geschulten Neonazi-Anführer, „mit solchen Kleidungsstücken in Zukunft vorsichtig zu sein".

Andrea Röpke

Erlauchte Runde

Hinter einem so genannten „Akademiekreis" verbergen sich Vertreter der extremen Rechten.

Ursula Haverbeck kann den Redner nur wärmstens empfehlen: „Dieser Referent", meint die stellvertretende Vorsitzende der Revisionisten-Organisation „Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocausts Verfolgten", „schlug uns alle in seinen Bann." So viel Lob aus Revisionistinnenmund erfährt Klaus Wippermann, früher Referatsleiter in der Bundeszentrale für politische Bildung, inzwischen aber auf Abwegen nach weit rechtsaußen. Am Samstag den 11. Juni war für ihn ein Podium in Dortmund geplant. Im Großen Silbersaal der Westfalenhalle sollte er zum Thema „Erinnern und Vergessen – ein pathologischer Sonderweg der Deutschen" referieren.

Für Wippermann ist – nachzulesen in der „Jungen Freiheit" (JF) vom 6. August 2004 – die Wehrmachtsausstellung nichts anderes als „Reemtsmas Privatkrieg gegen die Deutschen" oder der Versailler Friedensvertrag „faktisch eine neuerliche Kriegserklärung an Deutschland". Ende 2003 hatte er in der JF zu berichten gewusst, wer wirklich im Vorfeld des Zweiten Weltkriegs die Friedensbemühungen störte: „Polen wurde zum aggressivsten Staat Europas der zwanziger und dreißiger Jahre." Das Potsdamer Abkommen stellt für ihn einen „Völkermord und den größten Landraub der neueren Geschichte" dar. In einem Beitrag, der auf der Homepage der rechten Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft Hamburg zu finden ist, macht er deutlich, dass es ihm nicht nur um historische Betrachtungen geht: „In keinem Staat der Welt wäre – ohne den ständigen Hinweis auf 1933 – ein über Jahrzehnte anhaltender, insgesamt millionenfacher Asylmissbrauch und Asylbetrug möglich, auch keine millionenfache Massenzuwanderung bei Massenarbeitslosigkeit und Bankrott unserer Sozialsysteme."

Veranstalter des geplanten Nachmittags in Dortmund ist ein so genannter „Akademiekreis". Unterschrieben haben die Einladung Professor Tilmann Reichelt aus Bonn, Friedrich Löffler aus Wesseling, der Rechtsanwalt Klaus Petri aus Lippstadt, der Diplom-Politologe Werner Keweloh aus Rheinbach und Olaf Rose aus Bochum. Löffler und Reichelt gehören dem Vorstand von „pro Deutschland" an, einem mit bundesweitem Anspruch ausgestatteten Ableger der rechtsextremen „Bürgerbewegung pro Köln". Petri, bei der Bundestagswahl 2002 Listenzweiter der Republikaner in Nordrhein-Westfalen, zeichnete sich dadurch aus, dass er – gegen die Parteilinie – versuchte, REP, DVU- und NPD-Mitglieder an einen Tisch zu holen. Keweloh fiel unter anderem dadurch auf, dass er bei der Jugendgruppe „Junge Deutsche" der neonazistischen „Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft" (BDVG) referierte. Auch von ihm führt eine Spur zu „pro Köln": Bei einer ihrer Demonstrationen trat der damalige Landessprecher der „Deutschen Aufbau-Organisation" als Redner auf.

Rose ist in letzter Zeit immer häufiger bei rechtsextremen Organisationen zu Gast: So war er als Referent beim Jahreskongress der Gesellschaft für freie Publizistik im April angekündigt. Ebenfalls im April sprach er bei der Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene (HNG) über die „Friedensanstrengungen der Reichsregierung", wie es in einem Bericht der NPD Göttingen heißt: „Der Totengräber Europas war schnell ausfindig gemacht: Churchill und seine Hintermänner! Unzählige Friedensangebote, teils auf dem Gipfel der Macht und mit unvorstellbarer Großzügigkeit von Seiten der Reichsregierung, wurden (fast immer kommentarlos) von England ignoriert." Rose hat mit seinem Thema, mit dem er durch rechtsextreme Gefilde tingelt, Erfolg. „Selbst Hitler habe seine Bereitschaft bekundet, die von ihm besetzten Staaten freizugeben, da es ihm mitnichten darum gegangen sei, den Nationalsozialismus auf den gesamten europäischen Kontinent zu übertragen, sondern lediglich die weiße Rasse in Europa zu erhalten", zitiert ihn das NPD-Organ „Deutsche Stimme" (DS). Beim „Freiheitlichen Kongress" des DS-Verlages im März erntete er für solche Thesen stehende Ovationen. Rose gehört nicht nur zu den Einladenden der Akademiekreis-Veranstaltung am 11. Juni in Dortmund. Er hat auch vorher schon bei dem rechten „Denkzirkel" referiert: am 30. April, in einem Saal der Westfalenhalle zu seinem Standardthema „Deutsche Friedensbemühungen 1939/41 und ihre Hintertreibung durch die britische Diplomatie". Die Dortmunder Westfalenhallen GmbH hat dieses Mal die Saalbuchung allerdings kurzfristig storniert.

Tomas Sager

Grauzone

"Erlebnisgeneration"

Die SS-Veteranenorganisation HIAG unterhält gute Beziehungen zur Neonaziszene.

„HIAG die Gemeinnützigkeit aberkennen“. Die Forderung des „Simon Wiesenthal Centers“ aus Jerusalem könnte die politische Aktivitäten der Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Soldaten der ehemaligen. Waffen SS (HIAG) einschränken. In einem offenen Brief an Hamburgs Bürgermeister Ole von Beust (CDU) bittet der Leiter des Jerusalemer Büros des Wiesenthal Centers, Efraim Zuroff, der HIAG diese Finanzierungsmöglichkeit zu entziehen. Anlass für den Vorstoß sind die Medienberichte (in der „taz“ und „Spiegel TV“) über das jüngste Kameradentreffen unter der Federführung des HIAG-Landesverbands Hamburg“, erklärt Zuroff und betont: „Eine Vereinigung, welche die verbrecherische Waffen-SS verteidigt und ihre Untaten verherrlicht, darf nicht gemeinnützig sein.“

Am 28. Mai hatte der Landesverband, der bundesweit zu den aktivsten gehört, einen „großen Appell“ veranstaltet. Über 300 ehemalige Angehörige der Waffen-SS und Freunde waren zum 55-jährigen Jubiläum zu dem Ausflugslokal „Waldhalle“ nach Büchen nahe Hamburg gekommen. Der Landesverband um den Ersten Sprecher Franz Schmitz hatte versucht, den Ort geheim zu halten. Die teils aus Österreich und Belgien angereisten Herren und Damen wollten unter sich bleiben. Umso verärgerter schimpfte ein Veteran über die anwesenden Journalisten: „Für euch haben wir gekämpft“. Ein ehemaliger Angehöriger der SS-Totenkopfdivision behauptete: „Auf das deutsche Reich, nicht auf den Führer, waren wir eingeschworen“, und betonte, „wir kämpften, wo man uns hinstellte“. Auf die Frage, wo sie eingesetzt waren, antworteten sie auch immer wieder: „Im Westen“. Vom Holocaust, da waren sie sich alle einig, wussten sie nichts. „Da wird ja viel erzählt“, meinte ein Ex-SSler. Die Verbrechen der SS sehen sie auch mehr als Verleugnung und Verunglimpfung ihres „opferreichen Kampfes“.

Im Saal des Ausflugslokals saßen aber nicht alleine ältere Damen und Herren. Vor der Bühne standen in Galauniform junge Herren der „Pennale Burschenschaft Chattia“ aus Hamburg, Schwerter und Fahnen präsentierend. Sie eint die Vorstellung, dass die SS, wie es Franz Schmitz mal ausführte, „dem Überfall der roten Armee durch unseren Angriff zuvor kam und dadurch Europa vor dem Bolschewismus bewahrt“ habe. Unter Applaus erzählte er an dem Samstag, welchen Einfluss die HIAG in den ersten Jahren der Bundesrepublik hatte und, dass sich vom Hamburger Verband angeblich monatlich 80 Personen im „Vereinslokal“ treffen würden. Zwischen den Reden und Grußworten spielte die „beliebte 5 Mann Hauskapelle“. Zu späterer Stunde riefen einige Anwesende noch „Sieg Heil“, beseelt von dem netten Tag, inklusive warmem und kaltem Buffet.

1992 lösten Funktionäre der HIAG den Bundesverband auf, doch einzelne Landesverbände blieben bestehen. Dem Hamburger Vereinsregister, in dem der Landesverband eingetragen ist, ist zu entnehmen, dass eine Gemeinnützigkeit vorliegt. Aber nicht für den Hamburger Landesverband, sondern für die HIAG-Kriegsgräberstiftung „Wenn alle Brüder schweigen“. 1993 gründete die HIAG die Stiftung, die sich besonders der Pflege der „Soldatengräber im In- und Ausland“ widmet. Diese abzuerkennen, dürfte die Finanzierung der HIAG-Arbeit beeinträchtigen.

Um den Geist der „Europäischen Freiwilligenarmee“ zu erhalten, wurde mittlerweile aus dem Umfeld der HIAG die Lehr- und Forschungsgemeinschaft „Europa Erbe“ aufgebaut. Enge Beziehungen bestehen zu dem Verband deutscher Soldaten e.V. (VDS). Erst im vergangenen Jahr kündigte die Bundeswehr die offizielle Zusammenarbeit mit dem VDS wegen der rechten Verbindungen auf.

Längst bestehen auch gute Beziehungen zu den „Freien Kameradschaften“. Gerne laden die militanten Neonazis die „Angehörigen der Erlebnisgeneration“ als Redner bei Aufmärschen ein oder fahren gemeinsam mit ihnen zu den alten Schlachtfeldern. „Freie“ Aktivisten schreiben für das HIAG-nahe Magazin „Der Freiwillige“ – und die Hamburger „Burschenschaft Germania“ sowie die „Pennale Burschenschaft Chattia“ schalten dort Anzeigen für ihre Veranstaltungen.

Andreas Speit

Revanchistisches Angebot

Die Autoren der „Preußischen Allgemeinen Zeitung“ sind einschlägig bekannt.

Im 56. Jahrgang erscheint wöchentlich die „Preußische Allgemeine Zeitung“ (PAZ; bis Frühjahr 2003 unter dem Namen „Das Ostpreußenblatt“). Die PAZ ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen, der mitgliederstärksten Landsmannschaft des Bundes der Vertriebenen (BdV). Geführt wird die Landsmannschaft Ostpreußen von Wilhelm von Gottberg. Dieser stellte zu Jahresbeginn in der PAZ fest, dass sich „Millionen Zeitzeugen“ der „Geschichtsklitterung“ des 8. Mai 1945 als Tag der Befreiung „widersetzen“ würden und beklagte, dass dem besiegten Deutschen Reich „die Identität genommen“ wurde. PAZ-Chefredakteur Hans-Jürgen Mahlitz kommentierte am Vortag des 8. Mai, dass jene, die die Bezeichnung Befreiung „im Schilde führen“, „immer noch verhaftet in der Unfreiheit totalitären Denkens“ seien.

In jeder PAZ-Ausgabe wirbt der „Preußische Mediendienst“, der von der Landsmannschaft Ostpreußen betrieben wird, für Bücher zu den Themen „Ostpreußen / Militärgeschichte / Zeitgeschichte“. Regelmäßig werden Bücher von Autoren und Verlagen angeboten, die dem ultrarechten bis rechtsextremen Spektrum zuzuordnen sind. Darunter sind unter anderem Hitlers Inspekteur der deutschen Luftverteidigung und Ritterkreuzträger Hajo Herrmann, der langjährige Mitarbeiter des revisionistischen Verlagskomplexes Grabert / Hohenrain Rolf Kosiek, der Autor der Verlagsgesellschaft Berg und der „Deutschen Geschichte“ Franz Kurowski, Alfred Mechtersheimer, Kopf der Deutschland-Bewegung, der Historiker Walter Post, Referent beim „Deutschen Kulturwerk europäischen Geistes“, der Stammautor der „Jungen Freiheit" Fritz Schenk, der einstige Herausgeber der jungkonservativen Zeitschrift „Criticon“ Caspar von Schrenck-Notzing, der Chefideologe des neurechten „Instituts für Staatspolitik“ (IfS) Karlheinz Weißmann. Beim „Preußischen Mediendienst“ können auch Machwerke wie „Zwölf Jahre 1. Kompanie Leibstandarte SS Adolf Hitler“ oder „Sepp Dietrich. Kommandeur Leibstandarte SS Adolf Hitler und seine Männer“ bestellt werden.

Anton Maegerle

Verfassungschutz

"Gefährliche Entwicklung"

Zulauf für Gewaltbereite im hohen Norden.

„Der Rechtsextremismus hat sich zu unserer Kernaufgabe entwickelt“, sagte Michael Wolf, Chef des Verfassungsschutzes in Schleswig-Holstein anlässlich der Vorstellung des aktuellen Jahresberichts. Der Verfassungsschutz zählte 2004 im nördlichsten Bundesland 1430 Mitglieder rechtsextremer Organisationen, 50 mehr als im Vorjahr. Dabei hat sich die „Tendenz von Kräfteverschiebungen“ in Richtung der Skinhead-Szene verstärkt – die Parteien mit Ausnahme der NPD (jetzt 140 statt 130 Anhänger) verloren weiter an Einfluss: Die DVU stagniert bei 450 Mitgliedern, die Republikaner reduzierten sich um zehn Personen auf 50. Die Strategie der NPD, die zur Landtagswahl im Februar 2005 Absprachen mit der DVU und Neonazis getroffen hatte, sei angesichts des Ergebnisses von nur 1,9 Prozent der Wählerstimmen nicht aufgegangen, sagte Innenminister Ralf Stegner (SPD) und sprach von einem „deutlichen Dämpfer“, den das Rechtsbündnis erlitten habe. Einen erheblichen Anstieg gab es bei den Gewaltbereiten, insbesondere den Skinheads, die von 600 auf 660 zulegten. Das kennzeichne eine gefährliche Entwicklung, so Stegner: „Aus den Reihen der Skinheads rekrutieren sich die ideologisch gefestigten Rechtsextremen von morgen.“

Die Bedeutung der Kameradschaften ist zurückgegangen – auch in den regionalen Schwerpunkten Kiel, Neumünster, Lübeck und den Großräumen Rendsburg, Heide und Neustadt. Der Innenminister machte für diese Entwicklung nicht zuletzt den „Verfolgungsdruck“ verantwortlich, dem die Szene ausgesetzt sei. In Einzelfällen ist die schwindende Rolle auch ein Resultat des Rückzugs prägender Gestalten wie der des Lübecker „Kameradschaftsführers“ Jürgen Gerg. An „Bedeutung als szeneinterne Kontaktbörse“ verloren hat der berühmt-berüchtigte „Club 88“ in Neumünster. Dagegen scheint sich das von dem Lübecker Dieter Kern betriebene „Landhaus Heilshoop“ (Kreis Stormarn) als beliebter Anlaufpunkt für das rechte Spektrum zu etablieren.

Volker Stahl

Demokratische Initiativen

Wider die Lufthoheit

Im Argumentationstraining können sich die Teilnehmer gegen rechte (Stammtisch-)Parolen wappnen.

Jeder kennt die Parolen. Vier DIN-A-2-Blätter füllt das Seminar flink: „Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg“, „Wir brauchen wieder einen Führer“, „Lesben haben keinen Mann abbekommen“, „In Auschwitz wurde niemand vergast“. Und so weiter. Im Anschluss wählt der Saal seine liebste Parole: „Wir brauchen ein neues deutsches Nationalgefühl“. Die hier sitzen sind keine dumpfbackigen Deutschtümelnden und keine überzeugten Neonazis – sondern Sozialarbeiter und Pädagogen. Zwei Streetworker sind darunter, ein Opferberater, eine Straffälligenhelferin, mehrere Jugendamtsmitarbeiter.

Der Wahlerfolg der NPD im vergangenen September war für Studierende der Evangelischen Hochschule für Soziale Arbeit in Dresden Anlass, ein Projekt-Wochenende unter dem Titel „Nix Rechtes!“ auf die Beine zu stellen. Eingeladen ist – unter anderen – der Erwachsenenbildner Klaus-Peter Hufer von der Volkshochschule Viersen in Nordrhein-Westfalen, der seit 1999 ein „Argumentationstraining gegen Stammtischparolen“ anbietet. Einen Tag lang setzen sich die zwanzig Seminarteilnehmer mit all den Sprüchen auseinander, denen sie in ihrer Arbeit täglich begegnen – und denen sie oft hilflos gegenüberstehen.

Zunächst trägt die Runde zusammen, was eine Stammtischparole ausmacht: Sie ist kurz und schlicht, einprägsam und pauschal, unreflektiert und angsterzeugend. Warum ist es dann so schwer, auf sie zu reagieren? Das Seminar macht die Probe aufs Exempel: Sechs Teilnehmer nehmen in der Mitte Platz; drei stellen die Pro-„Wir-brauchen-ein-neues-deutsches-Nationalgefühl“-Fraktion, die anderen drei die Contra-Gruppe. Klaus-Peter Hufer mimt den Wirt, begrüßt die Runde in der Kneipe „Zum Deutschen Michel“, bietet deutsches Bier und deutsche Küche. In Sekundenschnelle ist die Pro-Fraktion in ihrem Element: Endlich traue sich einer, auszusprechen, dass Deutschsein kein Makel sei. Darauf sei man stolz und das müsse man auch sagen dürfen. Unabgesprochen spielen sich die drei, die sich bis gerade eben gar nicht kannten, die Bälle zu. Die Contra-Fraktion tut sich frappierend schwer. Hilflos und zeitverzögert sucht sie nach Gegenargumenten. Als einer endlich eins gefunden hat kommt keiner zu Hilfe; die Gesprächsleitung fällt zurück an die Gegenseite.

Ein typischer Verlauf, konstatiert Hufer: „Stammtischparolen lassen ein wohliges Gefühl der Zusammengehörigkeit aufkommen.“ Außerdem dienten sie dazu, Menschen auf eine Seite zu ziehen; ein Gespräch in Gang setzen sollten sie gerade nicht. Das macht es den Kontrahenten schwer. Weil die Welt komplexer ist als der Stammtisch suggeriert, fehlt es an schnellen Argumenten. Wer die Welt erklären will muss differenzieren; Differenzierung ist am Stammtisch nicht gefragt.

Sich in Stammtisch-Situationen als Versager zu fühlen sei völlig normal und passiere selbst Professoren. Dennoch lohne es sich, ihnen etwas entgegenzusetzen – nicht nur, weil man sich dann besser fühle, sondern auch wegen den „Indifferenten“, die man davor bewahren könne, den Unsinn der Rechten zu glauben: Stammtischparolen bieten schließlich nicht selten den Nährboden, auf dem menschenverachtende Ideologien gedeihen – und die organisierte Rechte weiß das. „Die NPD will die Lufthoheit über den Stammtischen“, sagt Hufer, „bekommt sie die, hat sie viel gewonnen.“

Wie also argumentiert man gegen Stammtischparolen? Strategien gibt es eine ganze Menge – nicht die eine große, aber viele kleine. Verbündete suchen ist eine Möglichkeit, selber Themen besetzen eine andere. Auch beharrliches Nachfragen oder der Hinweis auf Widersprüche in der Argumentation können helfen. Rhetorisch Begabte mögen es mit Ironie versuchen: „Wie äußert sich denn dein Nationalbewusstsein? Jeden Morgen raus zur Flaggenparade in den Garten?“ Fest steht: Wer sich mit Stammtischparolen auseinandersetzt, ist eher gewappnet, ihnen zu begegnen.

Jeannette Goddar

Eine Anleitung für das Argumentationstraining ist als Buch erhältlich: Klaus-Peter Hufer, Argumentationstraining gegen Stammtischparolen. Materialien und Anleitungen für Bildungsarbeit und Selbstlernen, Wochenschau Verlag, Schwalbach 2001, 112 Seiten, 10 Euro.

Blick in die Zeitgeschichte

Kunst aus Auschwitz

Ungeachtet der Lebensgefahr schufen Künstler im Konzentrationslager ihre Werke.

140 zumeist unbekannte Kunstwerke aus der Sammlung des Staatlichen Museums in Auschwitz-Birkenau zeigt eine Wanderausstellung, die bis zum 14. August in der Berliner Stiftung Neue Synagoge – Centrum Judaicum und dann in Osnabrück und Lodz gezeigt wird. Erstmals wird hier der Versuch unternommen, diese unter extremen Bedingungen entstandenen Werke nicht bloß als historische Quelle, sondern als eigenständiges Kunstprodukt zu begreifen und einzuordnen. Freilich liege zwischen beiden Sehweisen nur ein schmaler Grat, betont Jürgen Kaumkötter vom Museumspädagogischen Dienst Berlin, der diese Ausstellung fünf Jahre lang vorbereitet hat.

Er gliedert das Material in drei thematische Abschnitte: „Gefangen" enthält Bilder, in denen die beklemmende Realität des Lagerlebens für die Nachwelt abgebildet wird, Widerstandskunst also, die in erster Linie dokumentieren will. Hierhin gehören aber auch Auftragswerke, in denen die Künstler, um zu überleben, den Kunstgeschmack der SS bedienten, etwa „rustikale" Wandbilder für einen Speisesaal oder ein Holzrelief im Stile Arno Brekers. Der zweite Abschnitt, „Kunst als Flucht", enthält Bilder der Sehnsucht, in denen der Traum von Freiheit und von einem Leben jenseits des Lageralltags beschworen wird: Landschaften, Genreszenen, Porträts, die Lagerinsassen in eleganter Kleidung und nicht kahl geschoren zeigen, humoristische Glückwunschkarten, Blumen und Landschaften als Illustration auf den vorgeschriebenen Formularen, auf denen nur die polnischen Häftlinge ihren Angehörigen schreiben durften – und nur in deutscher Sprache. „Gesichter" heißt die dritte Abteilung, und die hier zusammengefassten intensiven Porträts von Mitgefangenen gehören sicherlich zu den künstlerisch eindrucksvollsten Exponaten der Ausstellung. Zumeist sind es Bleistiftzeichnungen, aus unmittelbarer Nähe entstanden. Es finden sich Karikaturen und sogar Auftragsarbeiten nach eingeschleusten Fotografien von Helfern außerhalb des Lagers: „Um eine Weile Glück zu erringen, vor allem um zu vergessen, zeichnete ich mit Bleistift weiter in den Lagern Porträts. Diese im Verborgenen gemachten Porträts ließen mich vergessen, führten mich in eine andere Welt, in meine Welt der Kunst. Dass Zeichnen mit dem Tode bestraft wurde, nahm ich einfach nicht zur Kenntnis, nicht weil ich mutig war, sondern weil ich die Gefahr nicht beachtete, so anziehend war es, in der eigenen Welt zu schaffen." Das Zitat von Franciszek Jazwiecki (1900-1946) verweist auf den Sehnsuchtsraum der autonomen Kunst – und zugleich auf die realen Bedingungen, unter denen sie entstand, nämlich bei Lebensgefahr, mit unzureichenden und unter unsäglichen Schwierigkeiten beschafften künstlerischen Utensilien.

Dies alles erschließt sich zumeist nicht von selbst, sondern bedarf der Erläuterung, die das vorzügliche Begleitbuch liefert. Jürgen Kaumkötter definiert und verwirft den Begriff der „Holocaust-Kunst" als unzureichend, unter anderem am Beispiel des Umgangs mit den Bildern von Felix Nussbaúm und Marian Ruzamski und deren Interpretation. Er skizziert außerdem den Hintergrund und die Stilprinzipien der akademischen und gegenständlichen Kunst in den 20er und 30er Jahren, die für die meisten der hier vertretenen Künstler Vorbild war. Irena Szymanska, Kuratorin am Museum in Auschwitz, geht den Bedingungen nach, unter denen diese Kunst entstanden ist und wie mit ihr umgegangen wurde. Swantje Schollmeyer nennt mögliche Vorbilder aus der Kunstgeschichte, ordnet die Bilder kunsthistorisch ein und fasst die Porträts zu thematischen Gruppen zusammen. Darüber hinaus werden die Hintergründe vieler Bilder eingehend erläutert sowie die Biographien der Künstler vorgestellt.

Die „Künstler von Auschwitz", sagte Bundeskanzler Gerhard Schröder, der die Ausstellung am 24. Mai in Berlin eröffnete, „haben sich in der Unfreiheit einen Rest persönlicher Freiheit bewahren können. Es sind Werke, die jenseits aller verstrichenen Zeit jeden Betrachter zutiefst berühren müssen."

Theo Meier-Ewert

Kunst in Auschwitz 1940-1945, Begleitbuch, hrsg. von der Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum und vom Museumspädagogischen Dienst Berlin, Bramsche, Rasch Verlag 2005, 400 Seiten, 200 Abbildungen, in der Ausstellung 28 Euro.

Rezension

Dein Feind und Mörder

Die Rolle der Polizei im NS-Staat.

In der Bundesregierung gibt es Streit. Die einen wollen die Geschichte ihres Ministeriums während der NS-Zeit und in der Frühzeit der BRD von Historikern untersuchen lassen – das sind der Außenminister Joschka Fischer und die Ministerin für Landwirtschaft und Verbraucherschutz Renate Künast. Sie werden von dem innenpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Dieter Wiefelspütz unterstützt. Ihnen steht der Bundesinnenminister gegenüber, der davon gar nichts hält. Hätte der Sozialdemokrat und Innenminister Otto Schily nicht ohnehin so viel mit Recht und Ordnung zu tun, sollte er das Buch „Nicht ermittelt – Polizeibataillone und die Nachkriegsjustiz" von Stefan Klemp in die Hand nehmen. Vielleicht würde der Minister dann dafür sorgen, dass Fachleute auch die Frühzeit des Bundesinnenministeriums unter die Lupe nehmen. Vielleicht würde das manches erklären, was Klemp in seinem Buch aufdeckt:

Die dem Reichsinnenministerium unterstellte Polizei war europaweit an Massenmorden beteiligt. Zur Verantwortung gezogen wurden nur ganz wenige Polizisten. Das freilich fällt nicht in den Bereich des Bundesjustizministeriums, sondern ist Sache der Länder.

Im Innenministerium des bevölkerungsreichsten Landes, also in Nordrhein-Westfalen, hat bereits in den frühen 50er Jahren ein Minister namens Franz Meyers (CDU) Anweisung erteilt, jeden Hinweis auf die NS-Zeit aus sämtlichen Polizeipersonalakten seines Haus zu tilgen, Spuren verwischen auf höchste Anordnung. Meyers ist übrigens bald darauf Ministerpräsident von NRW geworden.

Klemp hat die Geschichte von 125 Polizeibataillonen untersucht. Gegen 75 von ihnen hat es Ermittlungen gegeben, weil sie an Massenverbrechen beteiligt waren. Insgesamt, so schreibt Klemp in der Einleitung, gehörten mehr als „50.000 Männer ... Polizeieinheiten an, die an der Umsetzung der Massenvernichtung beteiligt waren." Im Anhang nennt Klemp diejenigen Polizeibataillone, die bei „größeren Aktionen" mitgemacht haben. Man erfährt, wo das war, kann die Aktenzeichen erfahren, unter denen – wenn überhaupt – ermittelt worden ist, erfährt den Heimatort der Einheit und fragt danach überhaupt nicht mehr, wie aus „ganz normalen Männern" (Christopher Browning) Mörder werden konnten, die den Völkermord vollstreckt haben.

Beantwortet wird auch die Frage nach Befehlsverweigerung, die ja immer im Zusammenhang mit den NS-Verbrechen gestellt wird. Es ist eines der aufschlussreichsten Kapitel in Klemps interessantem Buch mit immerhin mehr als 500 Seiten. Es waren nur ganz wenige Polizisten, die „Nein" gesagt haben, wenn es um die Ermordung wehrloser Menschen ging. Man kennt keinen Fall, in dem ein Verweigerer oder dessen Familie bestraft worden ist. Als nach einem Strafverfahren in Wuppertal gegen mehrere Polizeibeamte 1967/68 an einem konkreten Beispiel gezeigt worden war, wie grausam und erbarmungslos Polizisten zu Massenmördern geworden sind, stellte der damalige Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Herbert Schnoor (SPD), ebenfalls die Frage nach Befehlsverweigerung. Das erbärmliche Ergebnis: Nur im Bereich des Polizeipräsidiums Wuppertal hat ein Polizist nachweislich Widerstand geleistet, indem er eine Sinti-Familie vor der anstehenden Deportation gewarnt hat. Die Familie ist in den Untergrund gegangen und hat überlebt. In einem anderen Kapitel geht Klemp der Frage der Meuterei nach und kommt zu dem Ergebnis, dass es nur in einigen Einheiten mit Polizisten aus Luxemburg, Lothringen, Südtirol und dem Elsass kollektiven Widerstand gegeben hat.

Stefan Klemp nennt seine vermutlich fast komplette Studie „Ein Handbuch". Das ist ein ziemlich anspruchsvoller Untertitel. Wenn man den Band einigermaßen sorgfältig gelesen hat, wird man dem Anspruch freilich zustimmen müssen. Er hält, was er verspricht. Zwar mag noch das eine oder andere Polizeiverbrechen aufgedeckt werden. Folgen wird es aber keine mehr haben. Die Mörder sind sehr alt oder leben nicht mehr. Die Justiz hat weitgehend versagt, die Bilanz ist bitter.

Heiner Lichtenstein

Stefan Klemp: "Nicht ermittelt", Polizeibataillone und die Nachkriegsjustiz. Ein Handbuch; Klartext Verlag, Essen, 2005. 504 S., 34,90 €.

Meldungen

Brauner Spuk auf dem Wasser

Bremen – Mitten in der Hansestadt Bremen feierten am Samstag, den 4. Juni rund 150 Anhänger der rechten Hooligan-Truppe „Standarte 88“ ihr 15-jähriges Bestehen. Direkt an der Schlachte hatten sie das Partyschiff „MS Treue“ der Shark Lounge angemietet. Unter den Gästen waren neben Hooligans aus Bochum, Dortmund, Essen und Warschau auch Vertreter der Freien Nationalisten und der Hells Angels. Die rechte Bremer Hooliganszene wird seit Jahren von den Brüdern Henrik und Hannes Ostendorf sowie André Sagemann dominiert. Henrik Ostendorf ist mittlerweile für die „Deutsche Stimme“ in Riesa tätig, Hannes Ostendorf tourt mit der Gruppe „KC-Hungrige Wölfe“ durch die Lande, André Sagemann nimmt häufig gemeinsam mit Kameradschaftsanführer Andreas Hackmann an Neonazi-Aufmärschen teil. Die Flagge der „Standarte“ ziert ein symbolisches S, das dem Logo der Blood&Honour-Band „Skrewdriver“ gleicht. In Werder-Fankreisen ist die rechte Hool-Truppe seit langem bekannt, vor allem auch wegen ihrer Kontakte ins Türstehermilieu. Auf der „MS Treue“ blieb es, abgesehen von Drohungen gegen ein Team von „Radio Bremen“ ruhig, wie die Polizei feststellte. Besucher berichteten allerdings von Neonazi-Musik und Sieg Heil-Rufen zu später Stunde. (ar)

Volksverhetzendes Liedgut

Alsfeld – Das Amtsgericht im hessischen Alsfeld (Vogelbergkreis) hat vier Mitglieder der überregional bekannten Skinband „Gegenschlag“ wegen Volksverhetzung zu Geldstrafen und gemeinnütziger Arbeit verurteilt. Die vier 20 bis 30 Jahre alten Männer aus dem Umfeld der Neonazi-„Kameradschaft Berserker Kirtorf“ hatten 2003 eine CD mit dem Titel „Die deutsche Jugend schägt zurück“ aufgenommen und vertrieben. In dem Lied „Nationaler Widerstand“ heißt es: „...hörst du auf der Straße die Stiefel marschiern voran gegen die, die unser Land regiern, gegen den linken Terror und Väterverrat, im Kampf gegen die Knechtschaft der roten Saat...!“ Die Band „Gegenschlag“ existiert seit 2002 und tritt seitdem inner- und außerhalb Hessens auf. (am)

Neuer "Pontifex Maximus"

USA (Seminole) – Nach der Verurteilung ihres langjährigen Anführers und Programmatikers Matthew Hale zu 40 Jahren Gefängnis hat die zersplitterten Neonazi-Organisation World Church of the Creator (WCOTC) wieder ein neues Oberhaupt. Auf einem geheimen Treffen verschiedener Fraktionen der seit einem verlorenen Namensprozess unter dem Namen Creativity Movement auftretenden, antisemitischen Gruppe wurde Reverend James Logsdon als "Pontifex Maximus" eingesetzt. Er kommt aus dem sehr aktiven Ortsverband von Florida, dessen Anspruch auf eine Führungsrolle innerhalb der Bewegung unter den Anhängern umstritten ist. Bislang war Lodgson Vorsitzender der "White Berets", einer paramilitärisch organisierten WCOTC-Untergruppierung mit engen Verbindungen zur radikalen Skinhead-Szene. (mf)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt MdB

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V., Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de